

Marzahn- Hellersdorf **links**

DIE LINKE. Bezirksverband Marzahn-Hellersdorf • Informationsblatt

Seite 2: Zur Person: Jan Wiechowski / Petra Pau: Wer hat eigentlich wen düpiert?

Seite 3: Gelebte Solidarität mit Geflüchteten / Volksdeutsche für die Desintegration des Morgenlandes

Seite 4: Aus dem Bezirksvorstand / Wenig

Erfreuliches in BVV-Sitzung / Politischen Brandstiftern entgegenstellen

Seite 5: Dagmar Pohle: Eine persönliche Anmerkung / Regina Kittler: Einschulung doch wieder später?

Seite 6: IGA 2017 / Mittleres Baufeld Gär-

ten der Welt / Aus den Siedlungsgebieten: Schulsanierungen mit geringem Fortschritt

Seite 7: Jugendseite: Wege in die Zukunft - Aus dem Berufsleben der Jugend

Seite 8: Veranstaltungstipps und Termine / Hinten links

Abschied und Willkommen

Wir haben das Jahr 2014 verabschiedet, es begann mit einem Anschlag in der Silvesternacht auf das Flüchtlingsheim in der Carola-Neher-Straße, bei dem Scheiben zu Bruch gingen. Es endete mit einer Demonstration von Rechtsextremisten am 27.12. gegen das geplante Containerdorf für Flüchtlinge in der Schönagelstraße. Dieser gingen sieben sogenannte Montagsdemonstrationen von Rechten im Verein mit der sogenannten Bürgerinitiative „Nein zum Heim“ gegen das geplante Heim und eine Großdemo am 22.11. voraus. Immer trafen diese Demonstrationen auf unsere Gegenwehr, zweimal wurden die Nazis blockiert. Am Protest beteiligt sind alle demokratischen Parteien, die Kirchen, ein breites Bündnis für Toleranz und Vielfalt, das sich neu gründete und wie immer viele junge Leute von der Antifa Berlin.

Gemeinsam haben wir nicht nur protestiert, wir haben für eine Willkommenskultur geworben, in Gesprächen, mit Ständen und Flyern. Ein Weihnachtsbaum für Menschlichkeit und Toleranz wurde aufgestellt, mit Wünschen und Willkommenssprüchen geschmückt und kurz darauf von Rechten gestohlen. Ein neuer Baum wurde einen Tag später ebenfalls geschändet, umgeworfen und zerstückelt. Und doch, der Widerstand in der Bevölkerung gegen die Nazis und ihre Umtriebe wächst.

Wir, DIE LINKE, haben an allen Aktionen einen großen Anteil. Das war so beim Heim in Hellersdorf. Auch in Marzahn werden wir es im Bündnis schaffen, den Flüchtlingen im April 2015 ein herzliches Willkommen zu bereiten. Eine Unterbringung in Containern ist nicht das, was DIE LINKE gutheißt, aber be-



vor traumatisierte Menschen in Tragflughallen und Sporthallen untergebracht werden müssen, ist es eine provisorische Möglichkeit.

Das Jahr 2014 war für uns alle reich an Arbeit mit guten Ergebnissen. Dazu gehört die Europawahl ebenso wie die Eröffnung der Wahlkreisbüros unserer Abgeordneten Regina Kittler/Manuela Schmidt, Gabriele Hiller und Wolfgang Brauer. Bereits nach einem halben Jahr lässt sich sagen, dass sie mit den unterschiedlichsten Veranstaltungen und Bürger_

innensprechstunden in den Wohnquartieren fest verankert sind. Unsere Bezirksstadträtinnen Dagmar Pohle und Juliane Witt leisten eine solide fachliche Arbeit und zeigen politische Flagge. Unsere Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung stellte in der Halbjahresbilanz ihre fachliche Kompetenz unter Beweis. Immer wieder neue Vorschläge und Anträge, zumeist die Piraten an unserer Seite, zwingen die Mehrheitskoalition von SPD/CDU/Grünen zur Stellungnahme und Diskussion. Diese sorgen dafür, dass unsere Oppositionsrolle der Öffentlichkeit immer wieder vor Augen geführt wird, wenn viele unserer Anträge abgelehnt werden. Aber: Es gibt auch positive Signale der vernünftigen Zusammenarbeit sowohl in den Ausschüssen als auch in der BVV. So ist z.B. der diesjährige Bürgerhaushalt vor allem nach den Vorschlägen der LINKEN und der Piraten gestaltet worden. DIE LINKE begleitet auch weiterhin kritisch und konstruktiv solche Großprojekte wie z.B. den Bau der TVO, die IGA, das Schloss Biesdorf.

2015 ist das Jahr, in dem die Weichen für die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus und zu den Kommunalwahlen gestellt werden. Dazu müssen wir die inhaltlichen (Bilanz und Wahlprogramm) und die personellen Voraussetzungen schaffen. Auch für die Entscheidung zur Parteistruktur sind alle Basisorganisationen und die Mitglieder unserer Partei gefordert. Wie bisher werden wir die Gesamtmitgliederversammlungen als Foren der Information, Diskussion und Aktion nutzen. Für das Jahr 2015 wünsche ich uns gemeinsam viel Kraft, Gesundheit und Erfolg. Im Namen des Vorstandes danke ich Euch allen, unseren Mitgliedern und Mitstreiter_innen für die Arbeit, die Initiativen, die Solidarität.

Norbert Seichter
Bezirksvorsitzender

Grafik-Quelle: <https://openclipart.org/detail/201970/refugees-welcome-by-worker-201970>

DIE LINKE.

Zur Person: **Jan Wiechowski**

Jan ist 25 Jahre alt, in Marzahn geboren und macht gerade ein freiwilliges soziales Jahr in einer Kita in Friedrichshagen. Zuvor studierte er Jura. Seit Sommer 2013 ist Jan Mitglied der LINKEN und ist auch für seine Basisorganisation Delegierter auf Bezirks- und Landesebene. Im Landesverband Berlin ist er in der Finanzrevisionskommission. Leser*innen dieses Info-Blattes dürfte er durch seine Artikel bereits bekannt sein.

Jans Weg zur LINKEN ist eher ungewöhnlich. Aufgewachsen in einem eher konservativem Elternhaus, entschied sich Jan, zur Bundeswehr zu gehen. Die Wehrpflicht bestand noch und der Zivildienst war keine Option für ihn. Nach dem Grundwehrdienst wurde Jan in eine „Crowd and Riot Control“(CRC)-Einheit der Bundeswehr versetzt. Offiziell ist diese Einheit dazu da, Demonstrationen bei Auslandseinsätzen zu kontrollieren. Die meisten Soldat*innen bleiben aber im Inland und bilden andere Soldat*innen aus. Nach Gesprächen mit Rückkehrer*innen aus Afghanistan kamen bei Jan Zweifel an Sinn und Zweck dieses Einsatzes auf. Viele Soldat*innen beklagten sich zudem über die mangelhafte Ausrüstung in Afghanistan, berichtet Jan.

Die mäßige Behandlung der Soldat*innen, die zweifelhaften Einsätze und die Ungewissheit über die Ziele der Einsätze, mit der die Soldat*innen konfrontiert sind, führten bei Jan zum Umdenken. Hinzu kamen Prozeduren wie die quasi erzwungene Teilnahme an Gottesdiensten, wogegen er Protest organisierte. Jan berichtet auch über ein Camp der CRC-Einheit, das sich während der Heiligendamm-Proteste 2007 in der Nähe befand. Nach wie vor ist ein Einsatz der Bundeswehr im Innern

nicht erlaubt, um Gefahren abzuwehren, „die aus oder von einer demonstrierenden Menschenmenge drohen“, wie das Bundesverfassungsgericht 2012 feststellte. Die



Bundeswehr war in Heiligendamm aber mit Kampfjets und Spähpanzern zur Aufklärung im Einsatz.

Das Berufsleben politisierte Jan weiter. So musste er feststellen, dass es oft unerwünscht ist, wenn Arbeitnehmer*innen einen Betriebsrat gründen oder sich in einem organisieren wollen. Viele seiner Kolleg*innen wandten sich wegen seiner juristischen Kenntnisse an ihn. Die Ungerechtigkeiten auf dem Arbeitsmarkt, die Jan auch während eines Praktikums beim Arbeitsgericht noch

einmal bewusst wurden, waren für ihn der Hauptgrund, der LINKEN beizutreten.

Jan sieht sich als Europäer und Kosmopoliten. Er interessiert sich für internationales Recht sowie wirtschaftliche Entwicklung und deren Grundlagen. Zudem spricht Jan viele Sprachen – darunter auch solch ausgefallene wie Japanisch und Chinesisch. Innerhalb der Partei sieht er sich keiner Strömung zugehörig, was sich auch in seinem Abstimmungsverhalten auf Parteitagen zeigt. Hier versucht er immer der Sache nach zu entscheiden und kann seine Entscheidungen auch im Nachhinein vor Genoss*innen vertreten. In außenpolitischen Fragen ist Jan eher Realist: Die Zustimmung zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr mit UN-Mandat hält er im Einzelfall und nach vorheriger genauer Abwägung der Ziele und Folgen eines solchen Einsatzes für legitim.

DIE LINKE muss eine Gesellschaft schaffen, in der alle leben wollen, sagt Jan. Sie müsse aus diesem Grund nicht nur diejenigen ansprechen, denen es finanziell schlechtgeht oder die auf Transferleistungen vom Staat angewiesen sind. In Marzahn-Hellersdorf gelte es vor allem zu zeigen, dass sich politisches Engagement bei der LINKEN lohnt. Insbesondere während der Zeit als sie die absolute Mehrheit im Bezirksparlament stellte, habe sie dies versäumt und so wenig neuen Zuwachs gehabt. Die Partei hat jedoch Potential sagt Jan: „Welche Partei, wenn nicht DIE LINKE, zeigt noch Perspektiven für eine gesellschaftliche Entwicklung auf.“ Fürs neue Jahr wünscht sich Jan ein Ende der „sehr deutschen und auch ostdeutschen“ Proteste gegen Geflüchtete.

Thomas Braune (Text/Foto)

Petra Pau (MdB): Wer hat eigentlich wen düpiert?

Zwischen Weihnachten und Neujahr ist politisch in aller Regel nichts los. Das bietet die Chance, mit dusseligen Erklärungen durch alle Medien zu rasen. Die Generalsekretärin der SPD, Yasmin Fahimi, versuchte und schaffte es. Sie schlug vor, Wahltage auf eine Wahlwoche auszudehnen, um der zunehmenden Wahlabstinenz zu wehren. Außerdem, so Frau Fahimi, sollten auch Bahnhöfe und Bibliotheken eine Heimstatt für Wahllokale werden. Auch fahrende „Wahl-Lokale“ brachte sie ins Gespräch. Sie könnten Wahlen bequemer zu Wählern bringen, anstatt Wählern länger beschwerliche Wege zu den Wahlurnen aufzubürden. Der Wettbewerb populistischer Vorschläge war damit eröffnet. Und er lief. Prompt meldeten sich CDU-Politiker zu Wort. Wählen solle man künftig auch per Internet oder SMS, schlugen sie vor. Das wäre obendrein zeitgemäß und jugendnah.

Das ganze Geschwafel umschifft nur die entscheidende Frage: Warum lassen immer mehr Bürgerinnen und Bürger ihr demokra-

tisches Wahlrecht links oder rechts liegen? Zur Erinnerung: An der letzten und ersten freien Wahl zur Volkskammer in der DDR am 18. März 1989 beteiligten sich 93,4 Prozent aller Wahlberechtigten. Aber schon an der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl am 2. Dezember 1990 nahmen bundesweit nur noch rund 78 Prozent teil, Ost wie West. Derweil gab es mal ein Auf und mal ein Ab, aber der aktuelle Trend weist bundesweit ganz klar nach unten. Bei Landtagswahlen winken inzwischen mehr als die Hälfte aller Bürgerinnen und Bürger gelangweilt ab, bei Kommunalwahlen sind es oft noch mehr. Die repräsentative Demokratie steckt offensichtlich in einer tiefen Krise. Dagegen sollen Bahnhöfe helfen, die gerade börsenreif geschlossen werden, oder Bibliotheken, immer häufiger kaputtgespart, fahrende Urnen oder Wahlwochen, SMS oder das Internet? Und dann auch er wieder, ein alter Hut, der gern gezückt wird: Die Wahlperiode des Bundestages möge künftig fünf, statt bislang vier Jahre gelten. Dann nämlich, so die altbekann-

te Begründung, könnten das Parlament und die Regierung kontinuierlicher am Stück arbeiten.

Glaubt wirklich jemand, dass deshalb wieder mehr Bürgerinnen und Bürger an die Urnen streben? Und setzt jemand ernsthaft so auf unser aller Vergessen? Die jüngste Bundestagswahl fand im September 2013 statt. Aber erst im Januar 2014 konnte das Parlament seine reguläre Arbeit aufnehmen. Dazwischen lagen 115 Tage, fast vier Monate, in denen CDU/CSU und SPD den Bundestag blockierten. Wer hatte dabei eigentlich wen düpiert: Die Bürgerinnen und Bürger die Demokratie oder die große Koalition die Wählerinnen und Wähler?

Ich bleibe dabei: Gegen Demokratieverdross hilft nur mehr Demokratie, mehr direkte Demokratie, also Volksabstimmungen auch auf Bundesebene. Diesen Vorschlag habe ich in der aktuellen CDU/CSU-SPD-Debatte allerdings vergeblich gesucht. Sonst hätte ich sofort gerufen: „Willkommen im Klub!“

Gelebte Solidarität mit Geflüchteten

Schon zum fünften Mal veranstalteten wir nun unsere kleine Weihnachtsfeier für die Kinder im Geflüchteten- und Wohnungslosenheim in der Otto-Rosenberg-Straße.

Inzwischen hat sich unsere jährlich Feier herumgesprochen. Der Ernst-Busch-Chor hat mit allen Fördermitgliedern für die Kinder Spenden gesammelt. Darüber freue ich mich ganz besonders.

Ich möchte an dieser Stelle ganz herzlich allen danken, die dieses Projekt finanziell, aber vor allem auch mit ihrer tatkräftigen Hilfe unterstützen. Dank der vielen Spenden, konnten wir in diesem Jahr erstmals ein Sommerfest für die Kinder im Heim veranstalten und ihnen für die gemeinschaftliche Nutzung einen Kicker-Tisch schenken. Auch im nächsten Sommer werden wir wieder ein Kinderfest feiern können, und ich möchte schon jetzt um helfende Hände dabei werben.

In diesem Jahr sind es mehr als 60 Kinder, die im Heim in der Otto-Rosenberg-Straße leben.

Für jedes einzelne Kind haben wir versucht, ein individuelles, altersgerechtes Geschenk



Großen Anteil am Gelingen der Feier hatte Dagmar Pohle, hier rechts im Bild. Foto: privat

zu finden. Manchmal ist das nicht so einfach und bereitet ganz schön Kopfzerbrechen. Inzwischen schreiben wir genau auf, welches Kind was bekommt und gleichen die Listen

mit denen vom Vorjahr ab. Dabei stellen wir traurig fest, dass einige Kinder schon seit mindestens drei Jahren dort leben. Es gibt aber auch Anlass zur Freude. So erfuhren wir, dass eine afghanische Familie, die wir schon seit unserer ersten Feier kannten, inzwischen eine Wohnung bezogen hat.

Die liebevoll verpackten Geschenke überreichen wir seit letztem Jahr im Rahmen einer wunderbar gemütlichen Feier im Don Bosco Zentrum. Schwester Margareta und ihr Team empfangen die Kinder wieder in einem festlich geschmückten und mit viel Liebe dekorierten Saal. Bei Kakao und Kuchen hatten alle einen tollen Nachmittag und haben gemeinsam Weihnachtslieder gesungen. Wenn die Kleinen alle freudig ein Geschenk in den Händen halten, sind nicht nur die Kinder und ihre Eltern, sondern auch für alle Helfer*innen glücklich. Spätestens dann sind wir uns alle einig, dass es eigentlich nicht viel Arbeit ist, mit der wir den Kindern eine große Freude machen können und einen Beitrag dazu leisten, Menschen in Not willkommen zu heißen.

Sarah Fingrow

Volksdeutsche für die Desintegration des Morgenlandes

Ein nicht-fürstlicher Zug geht um in Dresden, die „Patriotischen Europäer Gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (PEGIDA). Dass ich, der unweit von Dresden Aufgewachsene, das noch erleben darf: Dresden als Hauptstadt des Abendlandes! Vorgestern (vor ca. 70 Jahren) in Schutt und Asche, gestern (vor ca. 35 Jahren) ahnungslos im Tal liegend und heute an der Spitze der Bewegung marschierend!

Das unlängst verfasste „Positionspapier in 19. Thesen“ der „Pegiden“ zeugt nicht gerade von Begriffs- und Stilsicherheit. Vielleicht ist die Verwirrung und Vermengung auch gerade gewollt, damit ein jeder sich die These herausuche, die ihm gerade passt. Wer die Vorneweg-Marschierer verstehen will, muss alles lesen und im Zusammenhang analysieren. Von den Mitläufern ist im Folgenden also nicht die Rede.

„Patriotische Europäer“ ist schon ein arger begrifflicher Widerspruch. „Patrioten“ haben bekanntlich ein Vaterland - und nur eines - und nicht gleich eine ganze Landmasse. Sonst hießen sie ja „Kontinentioten“. „Abendland“ ist das Gegenwort zu „Morgenland“; es wurde in der Antike (!) geprägt und umfasst die Gebiete Europas westlich des Bosphorus (und seines Längengrades) bis zum Cabo da Roca. Das „Land, in dem die Sonne untergeht“ schließt etwa die Hälfte der heute zum Kontinent Europa gerechneten Landmasse aus. Das NATO-Abendland lassen wir einmal unberücksichtigt. Der 28-Staaten-Verbund „Europäische Union“ wiederum umfasst nur 43 % der Fläche Europas (in Zypern sogar noch ein Häppchen vom „Morgenland“) und mindestens 28 Arten von Patrioten (weil es in der EU auch die schottischen und katalonischen Patrioten gibt, um nur die wichtigsten

zu nennen). Das „Patriotenverständnis“ wird auch dadurch komplizierter, dass in 3 von 19 Thesen den Unionsbürgern ausdrücklich die außerhalb der EU verbliebenen Schweizer als Vorbild hingestellt werden, ganz zu schweigen von Kanadiern, Australiern und „schwarzen“ Südafrikanern außerhalb des „Abendlandes“. Da in Dresden nach meiner Kenntnis nur Bürger der Bundesrepublik hinter dem PEGIDA-Transparent herlaufen, kann man die „patriotischen Europäer“ getrost mit „Volksdeutsche“ übersetzen.

Die bekennenden Gegner der „Islamisierung“ formulieren in ihrer 10. These »PEGIDA ist ... nicht gegen hier lebende, sich integrierende Muslime!« Wieder so ein Begriffs-Knoten. Im allgemeinen Verständnis drückt die Endsilbe „-ierung“ einen Vorgang aus, beispielsweise „Arisierung“ und „Christianisierung“. Wenn Muslime aufgefordert werden, sich zu integrieren, ohne das „intra“ (hinein) hinzuzusetzen, dann ist das eine Aufforderung zur Selbstintegration, zur Abschottung vom Rest der Gesellschaft. Das ist wohl eher nicht gemeint. Wenn geschrieben stünde: »PEGIDA ist für die Integration der in Deutschland/der EU lebenden Muslime in die laizistische Gesellschaft.«, so wäre das verständliches Deutsch und eine positive politische Aussage. Aber es kommt ja ganz anders. Die 13. PEGIDA-These enthält weiteres (Hinter-)Fragwürdiges: »PEGIDA ist für die Erhaltung und den Schutz unserer christlich-jüdisch geprägten Abendlandkultur!«. Worin drückt sich denn (im 21. Jahrhundert) die Prägung einer Kultur aus, die diesen Namen verdient? Meiner Ansicht nach darin, dass sie „die Gesellschaft“ nicht durch Religionsbekenntnisse definiert, Verfolgern keine Waffen liefert und keine Kriege - unter welchem Schutzverantwortungs-Vorwand auch immer - führt. Das real existierende

Europa des 21. Jahrhunderts ist von der Unkultur der Desintegration, des bedenkenlosen Waffenexports und der Kriegsbeilegung über sämtliche Grenzgebirge und -meere hinaus gekennzeichnet. Dagegen zu protestieren, hielte ich für „patriotisch“ und „kulturerhaltend“.

Tausend Jahre hat sich das „christliche Abendland“ durch Parallelrecht und Ghetto-Inklusion gegen eine vorgebliche „Jüdisierung“ mehr als nur geschützt und heuchelt nun vor, dass diese religiöse Minderheit ihre Kultur geprägt habe. Tief eingepreßt in das Gedächtnis der Völker in Morgen-, Mittags-, Abend- und Mitternachtland hat sich die Holocaust-Kultur der deutschen Zentraleuropäer. In den Morgen- und Mittagsländern Asiens und Afrikas, die vor Jahrhunderten tatsächlich „islamisiert“ wurden, machen die Völker seit etwa einem Jahrhundert die prägende Erfahrung, dass ihre muslimische Kultur mit antiken Wurzeln von modernen ökonomischen Kreuzrittern geringgeschätzt, auf Extreme reduziert und durch das „abendländische“ Parallelrecht des Mammon ersetzt wird. Die »gewaltbetonte politische Ideologie« (10. PEGIDA-These), wonach „unsere abendländischen Werte“ in Syrien „schutzverantwortet“ und am Hindukusch „verteidigt“ werden, ist „un-patriotisch“ und delegitimierend.

Die 19. und letzte These der „Pegiden“ lautet: »PEGIDA ist gegen Hassprediger, egal, welcher Religion zugehörig!« Ob sie erkennen, dass zwischen den politischen Hasspredigern des „Abendlandes“ und den Subjekten der 1. PEGIDA-These, den »Kriegsflüchtlingen und politisch oder religiös Verfolgten«, Ausdruck der realen Desintegration des Morgenlandes, ein Zusammenhang besteht?

Dr. Hermann Wollner

Kurz informiert:

Aus dem Bezirksvorstand

Der Bericht aus dem Bezirksvorstand hat ja den Zweck, über wichtige inhaltliche Probleme aus dem jeweiligen Monat zu informieren. Unter diesem Gesichtspunkt könnte an dieser Stelle der Bericht vom November noch mal veröffentlicht werden – die Probleme rund um die Einrichtung eines Flüchtlingsheims im Marzahn haben auch die politische Arbeit im Dezember bestimmt. So einfach machen wir es uns natürlich nicht, aber im Prinzip geht es hier um ein „Update“, wie es „modern“ heißt – gemeint ist eine Vervollständigung, Weiterführung und Aktualisierung des Erkenntnisstandes.

Eine wichtige Erkenntnis ist, dass die Akteure, die das Flüchtlingsheim in Hellersdorf unterstützt haben und auch weiter unterstützen, nicht nur „bei der Stange“ geblieben sind, sondern der Kreis der aktiven Akteure ist größer geworden. Das ist nicht in allen Bezirken so gelaufen, es gab da auch Initiativen, die aus Verärgerung über die Intransparenz der Flüchtlingspolitik des Senats die Unterstützung der Flüchtlinge wenigstens zeitweilig eingestellt hatten. Ja, auch DIE LINKE hält es nicht für gut, Flüchtlinge in Massenquartieren und insbesondere in Containern unterzubringen. Diese Diskussion muss und wird weitergeführt werden. Aber im Moment geht es darum, dass die Flüchtlinge kommen werden, und sie sollen in unserem Bezirk willkommen sein. Offenbar denkt manch einer, man könne die Flüchtlingsbewegung aufhalten, bis sich die Asylpolitik unseres Landes geändert hat und bessere Unterbringungsmöglichkeiten geschaffen wurden – man muss nicht lange nachdenken, um zu erkennen, dass das keine Lösung sein kann.

Mittlerweile formieren sich weitere Strukturen, die sich um eine Willkommenskultur bemühen. Einmal wöchentlich treffen sich die Mitglieder des Bezirksamtes mit den Vertretern der demokratischen Parteien, beraten die Situation und legen Maßnahmen fest. Die demokratischen Parteien sind mit Informationsständen an der Kreuzung Landsberger Allee/Blumberger Damm vertreten. Schon die Tatsache, dass die Parteien hier gemeinsam auftreten, wird öffentlich positiv wahrgenommen – bekanntlich gibt es ja in anderen Fragen mitunter beträchtliche Gegensätze.

Leider immer noch nicht gelöst: Es fehlt eine leicht auffindbare, übersichtlich gestaltete Internetseite mit kompetenten Informationen und Antworten auf Fragen zum Flüchtlingsheim immer auf dem neuesten Stand. Zurzeit gibt es zu viel Platz für Spekulationen und auch gezielte Desinformationen. Es gibt ein gutes Informationsmaterial des Bezirkes – aber das muss man erst mal finden, und dann bekommt man 25 Seiten kompakten Text – manchen schreckt das eher ab. Das Problem ist erkannt, hoffentlich wird es nun auch bald gelöst.

Bernd Preußer

Wenig Erfreuliches zum Jahresausklang ...

... bei der Sitzung der BVV am 18. Dezember 2014

Zu Beginn der Dezember-BVV-Sitzung wurden zunächst die Preisträger des Stiftungspreises für interkulturelle Jugendprojekte geehrt. Vergeben wurde er durch die Stiftung „Zukunft für Berlin“. Der erste Preis ging an Babel e. V. und wurde an dessen Geschäftsführer Dr. Mekonnen Shiferaw übergeben. Der zweite Preis ging an die Initiative „Hellersdorf hilft e.V.“, die erst in diesem Jahr das „LaLoka“ – einen Begegnungsort für Geflüchtete und alle Marzahn-Hellersdorfer*innen – auf dem Boulevard Kastanienallee eröffnet hat.

Ein Geschenk ging auch an unseren Fraktionsvorsitzenden Bjoern Tielebein: Er bekam ein Paar Handschuhe von der BVV-Vorsteherin überreicht. Mitglieder der SPD-Fraktion hatten bemerkt, dass er auf den Kundgebungen gegen die rechtsextremen „Montagsdemos“ keine Handschue trug.

Nichts geschenkt wurde sich hingegen in den Debatten zur Sache. Während unsere Anträge zur Umsetzung von Gesundheits- und Umweltschutz bei bezirklichen Festen, zu Erhalt und Pflege des Peace-Zeichens im Jelena-Santic-Friedenspark und zur Beleuchtung des Weges durch den Park Hellwichstorp beschlossen wurden, wurde das Bürgeramt Mahlsdorf – gegen unser Votum – nun endgültig geschlossen (Klaus-Jürgen Dahlers Presseerklärung dazu ist auf www.linksfraktion-marzahn-hellersdorf.de nachzulesen). Eine fatale Entwicklung für unseren großen, stetig wachsenden und älter werdenden Bezirk.

Beim Thema Wasserskianlage am Elsensee gab – initiiert durch eine große Anfrage der CDU-Fraktion – der Stadtrat für Wirtschaft und Stadtentwicklung Gräff (CDU) bekannt, dass eine solche Anlage höchstwahrscheinlich aus Natur-

schutzgründen abgelehnt werden würde. Unser Sprecher für Wirtschaftspolitik Dr. Heinrich Niemann wies in diesem Zusammenhang noch einmal auf unsere Idee, den Elsensee in ein Freibad für den Bezirk umzuwandeln, hin. Aufgrund von Bedenken zur Wasserqualität des Sees wurde jedoch in diesem Jahr das Bebauungsplanverfahren dazu bedauerlicherweise eingestellt.

Unser Prüfantrag, einen Schulbus in Biesdorf für die Grundschulkinder der Schmetterlingssiedlung einzusetzen, wurde unter fadenscheinigen Begründungen der Fraktionen der Zählgemeinschaft (CDU, SPD, Bündnisgrüne) abgelehnt. Auch unser Antrag zur Bereitstellung einer Fläche für einen Kräutergarten in der Großsiedlung fand keine Mehrheit. Als Kompromiss schlug Stadtrat Gräff jedoch eine Fläche im Umfeld des „Grünen Hauses“ vor. Wir werden ihn beim Wort nehmen.

Eine lebhaft und stellenweise emotionale Debatte gab es zum Ende der Sitzung. Wir hatten einen Antrag zur Prüfung des Kaufs der Immobilie des ehemaligen Kino „Sojus“ eingebracht, der im Ausschuss abgelehnt wurde. In der Debatte wurde jedoch deutlich, dass die Fraktionen der CDU – inklusive ihres Stadtrats Gräff – und der LINKEN beide ein Interesse an der Entwicklung des östlichen Helene-Weigel-Platzes haben. Gräff lehnt einen Kauf aber ab. Die Immobilie sei zu teuer und müsste aufwändig saniert werden. Fakt ist, dass es derzeit schwierig ist, an den verschuldeten Besitzer heranzukommen. Wie es mit dem östlichen Helene-Weigel-Platz und dem Gebäude des „Sojus“ weitergehen könnte, wird im neuen Jahr Thema einer Einwohnerversammlung im Alten Marzahn Rathaus am 22. Januar sein. Dort werden wir mögliche Perspektiven vorstellen und diskutieren und laden dazu ein, sich an der Diskussion zu beteiligen. **Thomas Braune**

Politischen Brandstiftern entgegenstellen!

Wir konnten die Nachricht kaum fassen. Der Weihnachtsbaum an der Kreuzung Landsberger Allee / Blumberger Damm war von unbekanntem Tätern gestohlen worden. Der Baum war in unmittelbarer Nähe des im Entstehen begriffenen Containerdorfes aufgestellt worden. Er sollte ein Zeichen der Solidarität setzen für die Menschen, die aus Verzweiflung und Sorge um ihr Leben und das Leben ihrer Kinder Asyl suchen.

Norbert Seichter und Björn Tielebein hatten einen sehr schönen neuen Baum besorgt. Wie wir erfahren, ein Geschenk des Weihnachtsbaumverkäufers, der offensichtlich genauso empört über den Diebstahl war wie wir. In Anwesenheit u.a. von Petra Pau und Regina Kittler wurde an gleicher Stelle der neue Baum aufgestellt. Eine Gruppe von Menschen hatte sich kurzfristig hier eingefunden. Berührend waren für uns zwei kleine Mädchen, begleitet von ihrem Opa, der am Ende des 2. Weltkrieges selbst als Flüchtling Schreckliches erlebt und Solidarität erfahren und dieses Wissen an die Kinder weitergegeben hatte. Wie viele der hier Versammelten hatten sie ihre Wünsche für die zu erwartenden Flüchtlinge und Asylbewerber aufgeschrieben, um den Baum damit zu schmücken.

Am Vormittag des 1. Weihnachtsfeiertages

wollten wir uns davon überzeugen, dass der Baum die Stürme der vorangegangenen Tage gut überstanden hat. Wir sahen es schon von Weitem. Der Baum war völlig verunstaltet. Offenbar mit einer Motorsäge hatten die Täter die Spitze und viele Zweige abgesägt. Vor Scham und Empörung traten uns die Tränen in die Augen. Das ist mehr als Vandalismus! Was sind das für Leute, die ihren Frust und ihren Hass an einem Weihnachtsbaum austoben, die unfähig jeglicher Toleranz das Symbol der friedlichen Weihnacht schänden, die nicht akzeptieren können, dass man Menschen ein Minimum an menschlicher Wärme und Solidarität entgegenbringen muss! Dieses Mal war es „nur“ ein Baum. Was muss noch passieren, damit sich alle Marzahn und Hellersdorfer diesen politischen Brandstiftern entgegenstellen, die Hass gegen alles Fremde schüren, die die Ängste vieler Bürger ausnutzen, um ihre menschenverachtende Ideologie zu verbreiten? So lange ist es doch noch nicht her, dass die braunen Horden Deutschland und der ganzen Welt Schrecken, Krieg und Völkermord gebracht haben. Wir appellieren an alle friedliebenden Menschen, den Flüchtlingen zu helfen, den Neonazis und jeglicher ausländerfeindlichen Hetze energisch entgegenzutreten!

Sonja Goldmann und Wolfgang Dick

Dagmar Pohle: Eine persönliche Anmerkung

Wer mit offenen Ohren Nachrichten in Funk und/oder Fernsehen verfolgt, wer mehr als die Bild-Zeitung liest, kann etwas über das Schicksal von Flüchtlingen, die nach Europa und nach Deutschland kommen, erfahren. Er kann wissen, dass sie in ihren Heimatländern, wie z. B. in Syrien oder im Irak verfolgt und gezwungen werden, ihr Heimatland zu verlassen, dass sie z. B. als nationale Minderheit in südosteuropäischen Ländern diskriminiert und ausgegrenzt und ihrer Lebensgrundlagen beraubt werden. Menschen, die aus religiösen, aus rassistischen oder aus ethnischen Gründen verfolgt werden, die um ihr Leben und das Leben ihrer Kinder fürchten, sind auf der Flucht und erwarten unsere Hilfe und Unterstützung, um wieder in Ruhe und Sicherheit leben zu können. Dass in kurzer Zeit vielen Menschen ein Dach über dem Kopf, Versorgung und Betreuung organisiert werden muss, stellt uns vor nicht einfache Herausforderungen, die wir aber gemeinsam meistern können.

Es ist vor allem ein Gebot der Solidarität und der Nächstenliebe, Flüchtlinge, woher sie auch immer kommen mögen, aufzunehmen

und willkommen zu heißen. Ich bin oftmals entsetzt, wie wenig Empathie manche un-



serer Mitbürgerinnen und Mitbürger aufbringen, wenn es um die Frage der Unterbringung von Flüchtlingen und Asylsuchenden geht. Und dass sich manch Nachbar dazu hinreißen lässt, hinter Naziparolen durch den Bezirk zu marschieren, und sich doch nicht mit ihnen gemein gemacht sehen will.

Schnell ist in den Diskussionen auch die Rede von „Wirtschaftsflüchtlingen“, von „vollen Booten“ und „Überfremdung“, und es gelingt uns nicht immer, diesen Argumenten unsere überzeugend entgegenzuhalten. Wenn der CDU-Politiker Schäuble eine Zweckmäßigkeitsdebatte nach dem Motto führt, diese Flüchtlinge würden vielleicht in Zukunft unser Fachkräfteproblem lösen und deshalb sollten wir sie aufnehmen, dann stützt das eher die Ängste derer, die meinen, dass sie selbst bei uns zu kurz kommen oder längerfristig eher zu den Verlierern der gesellschaftlichen Entwicklung gehören könnten.

Was uns im Bezirk in der Auseinandersetzung aber ganz sicher helfen würde, wenn die bezirklichen Vertreter der CDU mehr Gesicht zeigen würden bei Gesprächen und Kundgebungen und Demonstrationen gegen Nazis. Und nicht nur deshalb stillhalten, weil der zuständige Senator für die Unterbringung von Flüchtlingen und Asylsuchenden ihr Kreisvorsitzender Herr Czaja ist. Das ist ein ganz persönlicher Wunsch für 2015! Gesicht zu zeigen und Menschen in Not solidarisch beizustehen, ist ein Ausweis der Humanität!

Regina Kittler (MdA): Einschulung doch wieder später?

Sowohl in der Stadtgesellschaft als auch im Parlament wird gegenwärtig diskutiert, ob die Kinder nicht zu früh eingeschult werden und der Stichtag nicht wieder verändert werden müsste.

In der Studie der FU Berlin vom Juni 2014 zur Früheinschulung heißt es, dass früher eingeschulte etwas häufiger ein Jahr länger zur Schule gehen. Die Alternative wäre, dass sie sonst ein Jahr länger im Kindergarten blieben oder eben zu Hause. Was besser für die Kinder ist, lässt sich schwer sagen. Ein Kind, das noch nicht in die Schule darf, obwohl all seine Spielkameradinnen und -kameraden aus der Kita schon dort sind, kann auch darunter leiden.

Bei anderen Kindern, den kleinen Überfliegern, die wir alle kennen, ist genau die frühe Einschulung richtig.

Die Studie sagt weiter, dass die noch in den ersten Schuljahren zu beobachtenden geringen Leistungsrückstände früh eingeschulter im Leseverständnis und in Mathematik in der Regel im 8. Schuljahr abgebaut sind. Unabhängig von ihrem Lebensalter liegen die Leistungen aller untersuchten Jahrgangsstufen auf vergleichbarem Niveau. Der Anteil an Kindern, die das Abitur erreichen können und die eine oder mehrere Klassen überspringen, ist auch nicht zurückgegangen.

Hier wird deutlich: Genau das, was für den Durchschnitt gut und richtig ist und für das eine Kind perfekt, kann für das andere Kind genau die falsche Entscheidung und sogar schädlich sein. Ein nach hinten oder nach vorne verschobener Stichtag löst also wenig

bis nichts. Wir brauchen flexible Verfahren anstelle starrer Regeln! Also einen Stichtag, der ein Richtwert unter bestimmten Bedingungen ist, die dem Kindeswohl dienen müssen. Das müssen Eltern und Pädagogen



sensibel und klug entscheiden. Dafür sind sie verantwortlich. Diese Entscheidungsfindung muss möglich sein.

Und wenn entschieden ist, muss jedes Kind so individuell gefördert werden, wie es das braucht.

Dafür müssen gute Bedingungen in der Schule vorhanden sein, indem genügend gutes Personal da ist, die Lerngruppen nicht zu groß sind, genügend Räume da sind, Teilungsunterricht stattfinden kann.

Das ist für mich die wichtigere Aufgabe als die Veränderung des Stichtages!

Auch wegen der Auswirkungen auf den Kitaplatz muss eine erneute Veränderung der

Schulanfangszeiten gut überlegt werden. Wenn eine solche Änderung durchgeführt wird, darf es nicht zu einem Kollaps im Kitasystem kommen. Einige tausend Kitaplätze mehr, die dafür notwendig wären, müssten vorher geschaffen werden.

Die Frage ist: Brauchen wir das wirklich? Wenn ein Achtel aller Kinder gegenwärtig zurückgestellt wird, dann doch wahrscheinlich, weil ihr individueller Entwicklungsstand das erfordert, und dann ist das auch richtig so. Das könnte im Umkehrschluss aber auch bedeuten, dass sieben Achtel aller Kinder in der Schule schon gut aufgehoben sind.

Regina Kittler ist bildungspolitische Sprecherin der Linksfraction im Berliner Abgeordnetenhaus

In mir

Eisschmelze
Eiszeit
noch

Geruch aus meiner Kindheit

Schneesternstaub
feinstes Winterweiß

Janina Niemann-Rich

IGA 2017 in Marzahn-Hellersdorf – wir bleiben dran!

Die BVV wird alle fünf Jahre gewählt und hat die Aufgabe, in allen den Bezirk betreffenden Fragen Verwaltungshandeln anzuregen und zu kontrollieren. Landläufig folgte daraus die Praxis, zu allen den Bezirk, seine Bewohnerinnen und Bewohner, seine Zukunft betreffenden politischen Problemen Stellung zu nehmen.

Mithin versteht sich die BVV als legitime kommunale Interessenvertretung.

Warum ich diese Selbstverständlichkeiten an dieser Stelle so groß und breit ausführe? Die IGA 2017 ist wohl eines der herausragenden Ereignisse in Marzahn-Hellersdorf in diesem Jahrzehnt. Schließlich gab sich die BVV Leitlinien für die IGA. Am 20.12.2012 verabschiedete die BVV einmütig Leitlinien für eine „umweltfreundliche Planung und Durchführung der IGA in Marzahn-Hellersdorf“, mit denen dem Bezirksamt empfohlen wurde, „sich ... gegenüber den zuständigen Behörden bzw. Unternehmen für eine erfolgreiche ökologisch, sozial und wirtschaftlich nachhaltige Vorbereitung und Durchführung der IGA 2017 im Bezirk Marzahn-Hellersdorf einzusetzen ...

und ersucht wurde ... (entsprechend auch) in seinem eigenen Verantwortungsbereich zu handeln.“

Doch wer kümmert sich um die Umsetzung der Leitlinien, wer misst sie an der Wirklichkeit, wer macht den Versuch, zwischen der privaten Veranstaltung IGA und bezirklichen Interessen sowie Interessen und Anliegen von BürgerInnen zu moderieren, eine fachpolitische Begleitung zu organisieren?

Das wäre mehr und konkreter als die öffentlichen Präsentationen der IGA-Betreiber im Rahmen ihrer Marketingstrategie. Angefangen von der ökologischen Baubegleitung über die Vergabepolitik bis hin zum Veranstaltungskonzept selbst, gäbe es viele Themen ... DIE LINKE hat einen Antrag zur Einrichtung eines Beirates in die BVV eingebracht. Dem Vernehmen nach fürchtet man sich bei einigen KollegInnen anderer Parteien aber wohl vor neuer Arbeit?! Mancher nimmt wohl seinen Anspruch als Bezirksverordnete/r doch nicht ganz so ernst. Wir bleiben dran!

Frank Beiersdorff

Mittleres Baufeld - Gärten der Welt

Unter den Kameras u. a. der RBB-Abendschau präsentierte die Geschäftsführung der IGA 2017 Berlin GmbH am 12. Dezember des vergangenen Jahres das derzeit schlammige Baufeld in den Gärten der Welt. Erdmassen sind zu großen Hügeln geschüttet; schwere Technik ist abgestellt an mehreren Stellen. Wenn der Bereich des neuen Haupteinganges noch Schacht- und Planier-Arbeitsstände zeigt, ist das „English Cottage“ samt Pergolen und Strohdach rohbaufertig. Erkennbar wird die seit zwei Jahren von Christoph Schmidt (Geschäftsführer) gewünschte „geschmeidigere“ Wegführung. Die momentane Wetterlage begünstigt die Fortführung der Arbeiten und die IGA 2017 Berlin GmbH bekräftigte ihren Wunsch

nach einer „Sommerrodelbahn“ neben der alten Piste am Nordhang des Kienbergs. Zu diesem hinauf verlegen Bauleute erste Lei-



Bagger in den Gärten der Welt

Fotos: B.-R. Lehmann



Das Baufeld der Gärten der Welt im Überblick

tungen. Möglichst zeitig im Frühjahr wird dann die Leitner AG die Seilbahn-Baustelle eröffnen. Während des Planauslageverfahrens hatte ich Gelegenheit, mit deren Projektleiter sowie dem künftigen Bauleiter zu sprechen! Inzwischen hat auch die IG BAU die mehrmonatige Vakanz des Vorsitzes in ihrem diesbezüglichen Arbeitskreis beendet. Wir blicken optimistisch ins kommende Jahr. Zum Vormerken: Weil der Internationale Frauentag günstig auf einen Sonntag fällt, haben wir ab 11 Uhr einen geführten Gartengang mit anschließender Fragerunde organisiert.

Bernd-R. Lehmann / IG BAU

Aus den Siedlungsgebieten: Schulsanierungen mit geringem Fortschritt!

Die notwendigen Sanierungsarbeiten an den Turnhallen und Aulas der fünf Kaulsdorfer und Mahlsdorfer Grundschulen erfordert auch im Jahr 2015 für alle Beteiligten, sich noch intensiver mit der Bereitstellung von finanziellen Mitteln und für Baufortschritte auseinanderzusetzen.

Noch schwieriger gestaltet sich die Sanierung des Otto-Nagel-Gymnasiums in Biesdorf. Hier kam Ende 2011 heraus, dass die Dachkonstruktion mit Holzschutzmitteln vergiftet und dass die Standfestigkeit des Gebäudes gefährdet war. Somit mussten die Sanierung und notwendige Bauvorhaben eingeleitet werden. Nach dem Baubeginn wurden die 9. bis 12. Klassen ins Melanchthon-Gymnasium ausgelagert und lediglich die 5. Klassen bis 8. Klassen verblieben im Gebäude.

Und obwohl in der Berichterstattung im Hauptausschuss und in der BVV von Bezirksbürgermeister Komoß (SPD) nur Positives über die beantragten Mittel aus dem Berliner Schul- und Sportstätten-sanierungsprogramm berichtet wurde, fehlen hier für 2015 nun ca. 1,2 Millionen Euro. Die veranschlagten Kosten sind von 4,7 Millionen Euro auf 16,45 Millionen Euro angewachsen.

Wie Medien berichteten, sagt die zuständige Senatsverwaltung für Bildung, dass der Bezirk keine prüffähigen Unterlagen vorgelegt hätte. Die Senatsverwaltung ist zugleich davon überzeugt, dass die Mittel aus dem Schul- und Sportstätten-sanierungsprogramm für diese Investition nicht vorgesehen sind.

Während der zuständige Bezirksstadtrat Komoß für die Frauensporthalle im Freizeitforum Marzahn aus dem Schul- und Sportstätten-sanierungsprogramm und dem Bildungsetat des Bezirks für Planungen 20.000 Euro, für Umzug und Neugestaltung des Kampfsportstudios ca. 70.000 Euro und für den Umbau im Erdgeschoss weitere 200.000 Euro bereitstellt, fehlt es bei notwendigen Sanierungen für den Schulbereich an Haushaltsmitteln.

Im Übrigen hat der Wahlkreisabgeordnete Czaja von der CDU erklärt, dass es im Freizeitforum Marzahn mit der CDU keine Haushaltsmittel aus dem Schul- und Sportstätten-sanierungsprogramm geben werde.

In der BVV-Zählgemeinschaft halten die SPD, die CDU und die Grünen nach wie vor zu den geplanten Ausgaben für die Frauensporthalle aus dem Schul- und Sportstätten-sanierungsprogramm. Getreu dem Motto: Was geht mich heute das Geschwätz von gestern an.

Klaus-Jürgen Dahler
Bezirksverordneter

Wege in die Zukunft? – Aus dem Berufsleben der Jugend

Von Jan Wiechowski

Berufswahl ist eine maßgebende Entscheidung im Leben junger Menschen. Überwiegend durch diese werden Lebensstandard, Chancen, Teilhabe und Anerkennung in der Gesellschaft bestimmt. Aber wie sieht der Weg junger Menschen genau aus? Ihren Erfahrungen wollen wir hier eine Plattform geben.

Angefangen mit einer Branche, die, wie immer wieder erzählt wird, sehr wichtig ist und in der immer mehr junge Menschen gebraucht werden. Die Arbeit in der Pflegeindustrie.

Es wird immer mehr alte Menschen geben, die Hilfe benötigen. Dieser These folgend, wurden die Sicherungssysteme umgebaut, und die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte wurde gefördert.

Diese Pflege wird von Altenpfleger*innen und Pflegeassistent*innen verrichtet. Die Assistent*innen sind dabei ein unersetzlicher Bestandteil der Versorgung. Sie übernehmen Aufgaben in allen Bereichen, von der Betreuung bis zur Sicherung der Hygiene hilfsbedürftiger Menschen. Dabei stellen sie oft die Mehrheit einer Arbeitsschicht. Der Arbeitsrhythmus ist vom Schichtdienst geprägt, eine

Fachkraft überwacht die Arbeit, die die Assistent*innen auf verschiedenen Stationen durchführen. Es gilt, feste Zeitpläne einzuhalten. Je nach Einrichtung können diese nur wenig Spielraum lassen. So kann es vorkommen, dass sich zwei Pfleger*innen um 25 Patient*innen kümmern müssen.

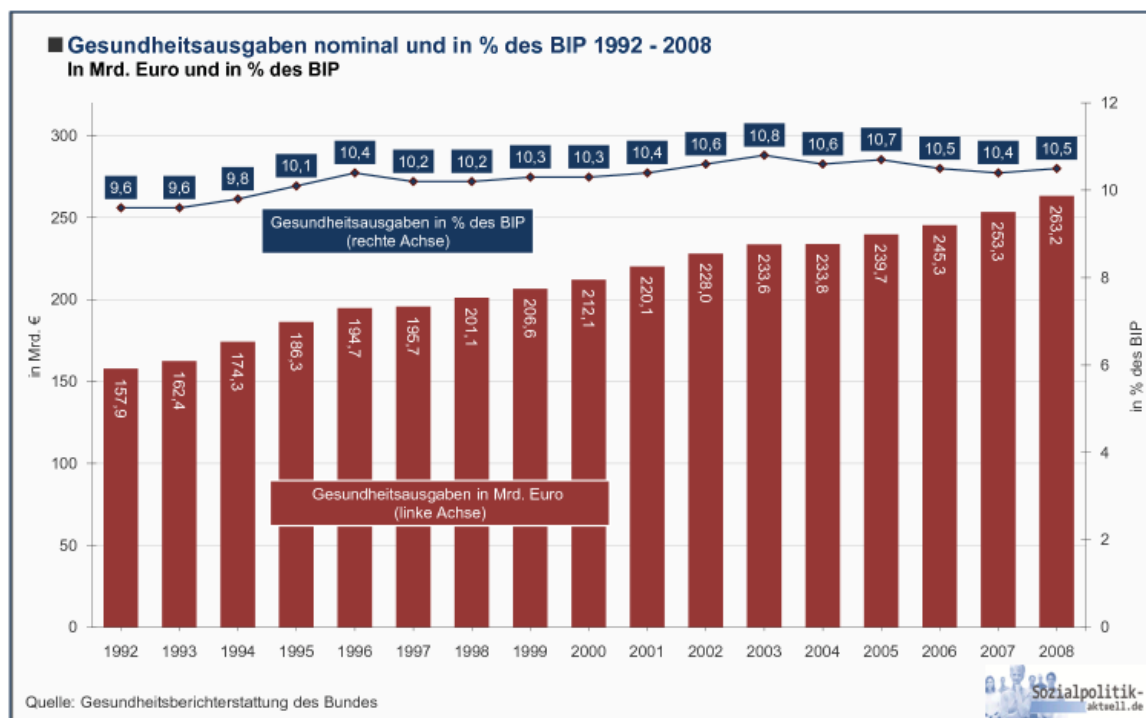
Von Angestellten ist viel Flexibilität gefragt. Wenn eine Pflegekraft ausfällt, muss schnell eine andere von zu Hause kommen. Reserven sind oft nicht vorgesehen. Dies führt bei den Angestellten zu entsprechendem Stress. Überstunden sind dadurch unvermeidbar, besonders in den pflegeintensiven Bereichen. Gerade dort wird es aufgrund der knappen Personaleinteilung schwer, diese wieder abzubauen.

Arbeiten an Sonn- und Feiertagen, ständige Flexibilität und eine anstrengende Arbeit: Es sollte davon ausgegangen werden, dass diese Arbeit entsprechende Wertschätzung erfährt, aber gerade daran mangelt es besonders. So folgen die Arbeitsverträge dem allgemeinen Trend, weniger Zuschläge zu bieten und eine Reduzierung von zusätzlichen Leistungen, wie Weihnachtsgeld. Wer noch einen alten Vertrag hat, ist, wie junge Menschen

in fast jeder Branche erleben, in jeder Hinsicht bessergestellt. So ist es auch für die frustrierend, die diese anstrengende Arbeit gerne machen und immer wieder hören, wie wichtig sie doch sei, zu sehen, wie wenig Wertschätzung sie real erhalten. Der durchschnittliche Lohn für eine Fachkraft liegt nur leicht über der Hälfte des deutschen Durchschnittslohns, der für Assistent*innen oft knapp über dem Mindestlohniveau. Viele Annehmlichkeiten unserer Gesellschaft bleiben so schwer erreichbar. Es ist daher kein Wunder, dass sich zu wenige junge Menschen finden, die diese Arbeit machen wollen. Wer möchte bei dieser Perspektive ein Leben lang hart arbeiten?

Die Gesellschaft muss sich fragen, ob sie nicht eine angemessene Bezahlung bieten und die Vereinbarkeit von Privatleben und Beruf verbessern will, um dem absehbaren Engpass entgegenzuwirken. Genug Spielraum ist dafür vorhanden, ohne die Leistungsfähigkeit Deutschlands zu überfordern. Die Ausgaben im Gesundheitssektor stiegen von 1992 bis 2012 um 1,7 Prozent auf 11,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Also um durchschnittlich 0,085 Prozent im Jahr. Eine Kostenexplosion sieht anders aus.

Die Aufgabe einer progressiven Partei ist es, dies den Menschen klar zu sagen, eine Perspektive zu bieten und gegen die Panikverbreitung derer anzukämpfen, die daran verdienen möchten, denn von den Millionengewinnen der Pflegeindustrie haben weder die Angestellten noch die Betreuten etwas.



Am Sonntag zu Rosa und Karl

» 11.1., 9-13 Uhr, Liebknecht-Luxemburg-Ehrung, Gedenkstätte der Sozialisten, Berlin-Friedrichsfelde, Lichtenberg

Abgeordnete laden ein

» 14.1., 19 Uhr, Brauer lädt ein: Lesung und Diskussion: Mein letzter Arbeitstag: Abgewickelt nach 1989/1990. Ostdeutsche Lebensläufe, Moderation: **Wolfgang Brauer** (MdA), Berliner Tschechow-Theater, Märkische Allee 410

» 19.1., 18.30 Uhr, Vernissage mit der Malerin Hannelore Jäger aus Berlin-Marzahn, die über ihre Ambitionen als bildende Künstlerin, ihre Maltechniken, Bildmotive und Lieblingsthemen Auskunft geben wird. Auftakt für eine längere Dauerausstellung einiger ihrer Bilder im Abgeordnetenbüro, Wahlkreisbüro Regina Kittler / Manuela Schmidt, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin

» 25.1., 10.30-13 Uhr, Politischer Frühschoppen mit **Regina Kittler und Dagmar Pohle**, Stadtteilzentrum Biesdorf, Alt-Biesdorf 15, 12683 Berlin

Treffen in den Wahlkreisen

» 7.1., 18 Uhr, Gesamtmitgliederversammlung WK 4 (Biesdorf/Mz.-Süd, Friedrichsfelde-Ost), Theater am Park, Frankenholzer Weg 4

» 19.1., 19 Uhr, Gesamtmitgliederversammlung WK 5 (Mahlsdorf/Kaulsdorf) zum Thema: TTIP, Gast: Dr. Judith Dellheim

» 21.1., 18 Uhr, Gesamtmitgliederversammlung WK 2, Thema u.a.: Strukturdebatte Bezirksverband, Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38

Hilfe zur Selbsthilfe

» 12.1., 15-18 Uhr, Sozialberatung mit Thomas Marks, Abgeordnetenbüro Havemannstr. 24, 2. Etage, 1269 Berlin

Ernst-Busch-Chor lädt ein

» 24.1./25.1., jeweils 15 Uhr, Januarkonzert des Ernst-Busch-Chores Berlin, Gast: die Gruppe „Quijote“ aus Chemnitz, Russisches Haus der Wissenschaft und Kultur, Friedrichstr. 176 - 179, 10117 Berlin, Eintritt: 12 Euro, Kartenvorbestellungen bei Jutta Bohnau, Tel.: 030 54801842

Mietenratschlag

» am 4. Mittwoch im Monat von 14 - 16 Uhr, (28.1./25.2.), LAG Städtebau und Wohnungspolitik, Karl-Liebknecht-Haus (Raum 523), Kleine Alexanderstraße 28 (U2 Rosa-Luxemburg-Platz)

Hinten links:**Zehn Jahre „Hartz IV“**

Mit dem Gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 € – die OECD errechnete für die BRD einen erforderlichen Satz von 10,44 € – wird am 1.1.2015 die arbeitende deutsche Bevölkerung „beschenkt“ – doch nicht oder noch nicht alle – es gibt Ausnahmen und Übergangsregelungen. Das tritt zum 10. Geburtstag von Hartz IV (SGB II) in Kraft.

In diesen zehn Jahren stieg die Zahl der „Niedriglöhner“ (Anmerkung: keine geringfügig Beschäftigten!) in Deutschland von gut 600.000 auf heute etwa neun Millionen an – jede/r vierte Lohn-/Gehaltsabhängige.

In dieser Zeit sank das Vermögen der unteren Hälfte der Bevölkerung von 4 % auf nur noch 1 % des Gesamtvermögens in Deutschland – währenddessen die reichsten 0,02 % der Deutschen (ein Fünftausendstel) inzwischen ein Viertel allen Vermögens besitzen.

Frage

Auf wessen Kosten will und wird die Bundesrepublik Deutschland die „schwarze Null“ erzielen?

R. Rüdiger

<http://www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de/politik/termine/>

Bezirksvorstand

» 20.1., 3.2. jeweils 19.30 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, Beratungen des Bezirksvorstandes

Basisgruppensprecher-Beratungen

» 8.1., 5.2. jeweils 19.30 Uhr, BO Marzahn, Stadtteilzentrum, Marzahner Promenade 38

» 15.1., 5.2. jeweils 19.30 Uhr, BO Hellersdorf, Linker Treff

» 4.2., 18 Uhr, Wahlkreisbüro R. Kittler & M. Schmidt, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin

Sprechstunden

» Dr. Gabriele Hiller (MdA), 12.1., 19.1., 26.1. jeweils 17 Uhr, WK-Büro, Teterower Ring 41

» Regina Kittler (MdA), 14.1., 28.1. jeweils 15.30-17.30 Uhr, 21.1., 10-11 Uhr, Wahlkreisbüro, Helene-Weigel-Platz 7

» Dr. Manuela Schmidt (MdA), 16.1., 10-12 Uhr, 12.1., 26.1. jeweils 18-19 Uhr, WK-Büro, Helene-Weigel-Platz 7

» Wolfgang Brauer (MdA), 16.1., 23.1. jeweils 11-13 Uhr, 20.1., 18-20 Uhr, Wahlkreis-Büro, Havemannstraße 24

» Petra Pau (MdB): 21.1., 10-12 Uhr, WK-Büro, Henny-Porten-Straße 10-12, 15-17 Uhr, Stadtteilzentrum Marzahn Mitte, Marzahner Promenade 38, tel. Anm.: 030 99289380

Abgeordnetenbüros

» Dr. Gabriele Hiller (MdA), Teterower Ring 41, 12619 Berlin (direkt hinter dem Spree-Center): mo/di 14-16 Uhr, mi/do 10-13 Uhr

» Wolfgang Brauer (MdA), Havemannstr. 24, 3. Etage, 12689 Berlin (Ärztelhaus): di 18-20 Uhr, fr 11-13 Uhr, Tel. 030 97891950

» Dr. Manuela Schmidt (MdA), Tel. 030 54980323 und Regina Kittler (MdA), Telefon: 030 54980322, Helene-Weigel-Pl. 7, 12681 Berlin

Jugendgruppe - Linksjugend MH

» 16.1. (am 3. Freitag eines Monats) jeweils 18 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Str. 10-12, Treffen der Jugendgruppe - Linksjugend

BVV-Fraktion

» Sprechstunde der Fraktion DIE LINKE im früheren Marzahner Rathaus, Helene-Weigel-Platz 8 (Raum 312), 12681 Berlin: Mo 16-18 Uhr, Di 16-18 Uhr, Mi 9-15 Uhr, Do 15-18 Uhr (außer am Sitzungstag der BVV: 29.1.), Telefon 030 902935820, E-Mail: fraktion@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Geschäftsstelle und Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12
(Telefon: 030 5412130/030 9953508 - Telefax: 030 99901561)

Montag: 13 - 17 Uhr
Dienstag: 10 - 17 Uhr
Donnerstag: 13 - 18 Uhr
Freitag: 10 - 13 Uhr
Schließtage: 12./13./16.01.2015

Impressum Marzahn-Hellersdorf links

Herausgeber: DIE LINKE. Berlin. V.i.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder. Veröffentlichungen unter „Post an uns“ (Leserzuschriften) sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrender Kürzungen von Beiträgen vor.

Layout: Yvette Rami

Anschrift der Redaktion: Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin
fon: 030 5412130, fax: 030 99901561

Internet: www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de

E-Mail: bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Bearbeitungsschluss: 05.01.2015. Auslieferung ab: 06.01.2015. **Druck:** Eigendruck. **Marzahn-Hellersdorf links** wird aus Spenden seiner Leserinnen und Leser finanziert. Empfehlung: 35 Euro-Cent. Die nächsten Ausgaben erscheinen 04.02. und 04.03.2015